

(Abgeordneter Sidermann.)

(A) haben jetzt ungefähr jedes Jahr 160 Milliarden Kriegsschulden zu verzinsen, d. h. die 160 Milliarden, die das Reich gemacht hat; hinzu kommen noch diejenigen Kriegsschulden, die die Einzelstaaten und die Gemeinden gemacht haben. Man kann damit rechnen, daß wir ungefähr für diese ganzen Kriegsschulden eine Verzinsung von 10—11 Milliarden in Zukunft haben müssen.

Nun ist eine kleine Gruppe in Deutschland vorhanden, die sagt: Was kümmern uns diese Kriegsschulden, diese Kriegsanleihen, die kann man einfach annullieren, dann sind wir sie los! Ja, wenn das so einfach ginge! Aber zwei Drittel aller Kriegsanleihen sind untergebracht bei unseren Sparkassen, bei unseren Alters-, Invaliditäts-, Landesversicherungskassen, die sind untergebracht an jenen Stellen, wo es am allerempfindlichsten die Arbeiter treffen würde; sie sind untergebracht in Lebensversicherungsanstalten. Deshalb kann gar keine Rede davon sein, daß wir auch nur einen Teil dieser Kriegsanleihen ohne weiteres annullieren könnten, das wäre das schwerste Vergehen gegen unseren eigenen lebenden Volkskörper, das würde eine schwerste Sünde gegen unser eigenes Volk sein. Das ist ganz ausgeschlossen. Wir müssen deshalb die Verzinsung von ungefähr 10—11 Milliarden in jedem Jahre allein für die Reichsschulden aufbringen; dazu kommen die Staatsschulden, die Gemeindefschulden (B) und die ganzen übrigen Ausgaben. Wir haben über 4 Millionen Verletzte gehabt, von denen die Hälfte schwer verletzt waren und vielleicht dauernd Kriegsinvalide, Krüppel bleiben werden. Wo sollen wir das Geld dafür hernehmen? und woher die Gelder für alle die Sachen, die im Interesse der Kultur, der Bildung und der Hebung unserer Moral nötig sind, die durch die Länge des Krieges nicht etwa besser geworden ist, sondern sich in bedeutender Weise verschlechtert hat.

Das alles müssen wir in Anspruch nehmen; und wenn deshalb von den Reichsstellen schon damit gerechnet worden ist, daß man ungefähr 18 Milliarden jährlich an Steuern wird aufbringen müssen, so zeigt uns das das ganze Elend, vor dem wir stehen. Früher in der besten Zeit hatte das Deutsche Reich eine Jahresbilanz von 3200 Millionen Mark; da war der Militarismus, der Marinismus, die Flottenpolitik, unsere Kolonialpolitik und alles darin. Wir haben damals schon immer über diese Ausgaben gejammert, als wir 3 Milliarden jedes Jahr aufbringen mußten. Betrachten Sie nun, was es bedeutet, wenn wir in Zukunft ungefähr das Sechsfache aufbringen müssen, 18 Milliarden. Ja, will da einer von den Herren Kollegen behaupten, daß das so ohne weiteres auf dem Wege der direkten Steuergesetzgebung zu erschwingen ist? Sie alle werden

sofort sagen, davon ist keine Rede. Aber wie will man (C) das anders aufbringen? Auf dem indirekten Wege ist nichts mehr aufzubringen, den Weg kann man nicht mehr beschreiten, das ist ein Ding der Unmöglichkeit, dagegen werden wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wehren, wenn man auch nur einen Teil dieser finanziellen Last auf dem indirekten Wege aufbringen wollte. Davon kann keine Rede sein.

Nun stehen wir aber vor der Tatsache — und es ist selbstverständlich, daß man ihr voll ins Auge sehen muß —: die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe — das bitte ich Sie alle wohl zu beachten: aller dazu reifen Betriebe! — muß in die Wege geleitet werden, um uns des finanziellen Elends zu erwehren. Ich sehe die Sozialisierung selbstverständlich auch von dem Gesichtspunkte an: In einem blühenden Staatswesen, wo Handel, Industrie und Verkehr blühen wie 1912 und 1913 vor dem Kriege, wäre es angenehmer zu sozialisieren, als jetzt auf dem Trümmerhaufen neu aufzubauen. Aber deshalb, weil man vor einer Neuorganisation der ganzen industriellen und kommerziellen Fragen steht, kann man nicht damit anfangen, das Wesen der privatkapitalistischen Produktionsweise und des Privatkapitalismus auf kommerziellem Gebiete zu stärken, sondern man muß die Betriebe, die dafür reif sind, in die Hände der Allgemeinheit, in die Hände des Staates (D) überführen. Ich habe während der Wahlbewegung so oft gehört, daß man sagte, dadurch werde die Arbeitsfreudigkeit oder, wie der Herr Abgeordnete Beutler es eben ausdrückte, die Intelligenz bedeutend zu kurz kommen und die Unternehmungsfreudigkeit werde ebenfalls nachlassen. Meine Herren! Wenn man das behauptet, so ist das der schwerste Vorwurf, den man überhaupt gegen die Staatsbetriebe heutzutage richten kann, wenn man sagt, die Beamten würden versagen, wenn die Sozialisierung der Betriebe vorgenommen werden soll. Ich wüßte nicht, warum. Genau so gut wie die Beamten heute der Revolutionsregierung treu dienen und dienen müssen, weil es eine Lebensnotwendigkeit für sie wie für das gesamte Volk ist, genau so werden sie auch bei einer Sozialisierung der Betriebe ihren Mann stellen. Wir haben es zunächst mit den reifsten Betrieben zu tun, da ist schon, wie Herr Lipinski sagte, vorgearbeitet worden. In der ganzen Montanindustrie, im Bergwerkswesen, sind schon die Ansätze dafür vorhanden, und ich meine, was könnte hier an Betriebsüberschüssen noch geleistet werden, wenn man all die kleinen Schachtanlagen, die man aller fünf Minuten findet, wenn man durch das Erzgebirge, durch das Zwischauer Revier geht, nicht errichtet hätte. Was hätte